

# APD INFORMATIONEN

DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

Zentralausgabe für Deutschland

März 2015  
32. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

<b>DEUTSCHLAND</b>	<b>Volker Kauder: „Freiheit gibt es nur dort, wo es Religionsfreiheit gibt.“ .....2</b>
	<b>Streit um Kirchenasyl beigelegt .....2</b>
	<b>Bundesinnenminister begrüßt Einigung beim Kirchenasyl .....3</b>
	<b>Christliche Stimme in der EU-Politik nötig .....5</b>
	<b>EAK: Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht .....6</b>
	<b>34.811 Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland .....6</b>
<b>INTERNATIONAL</b>	<b>ÖRK verurteilt Gräueltaten des „Islamischen Staates“ in Syrien .....7</b>
	<b>Kenias Präsident unterstützt adventistische Universität .....7</b>
	<b>Hus-Gedenken als Auftrag für Erinnerungskultur .....8</b>
	<b>Gegen Nationalismus und Ausgrenzung .....9</b>
	<b>Evangelikale Organisation führt Musterprozess gegen die Türkei .....10</b>
	<b>Auch Adventisten vom Völkermord an den Armeniern vor 100 Jahren betroffen .....12</b>
	<b>Adventisten gründen weltweit alle dreieinhalb Stunden eine neue Gemeinde .....12</b>
<b>ENTWICKLUNG</b>	<b>Hilfswerk ADRA nach Zyklon „Pam“ in Vanuatu bereits vor Ort .....13</b>
	<b>ADRA Vanuatu sorgt für Trinkwasser, sanitäre Anlagen und Hygiene .....14</b>
	<b>ADRA hilft in der Ukraine .....14</b>
<b>KULTUR</b>	<b>Konrad-Adenauer-Stiftung schreibt Wettbewerb „Christ sein heute“ aus .....15</b>
	<b>„DVG-Health Expo“ beim 9. Kongress christlicher Führungskräfte in Hamburg .....15</b>
	<b>Für offenen gesellschaftlichen Umgang mit Belangen religiöser Minderheiten .....16</b>
	<b>Adventisten pflanzen Lutherbäume in Wittenberg .....17</b>
<b>MEDIEN</b>	<b>Evangelischer Bund mit neuem Webauftritt und unter neuer Generalsekretärin .....17</b>
	<b>„Hope Channel“ beim Kongress christlicher Führungskräfte .....18</b>
	<b>Wie steht es um die Meinungsfreiheit in Deutschland? .....18</b>
	<b>Impressum .....19</b>

# DEUTSCHLAND

## Volker Kauder: „Freiheit gibt es nur dort, wo es Religionsfreiheit gibt.“

**Hamburg/APD** Der Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, hat in einer Rede im Rahmen des „Kongresses christlicher Führungskräfte“ in Hamburg erneut die zentrale Bedeutung der Religionsfreiheit hervorgehoben. Kauder verurteilte die Verfolgung von Andersgläubigen in Afrika sowie im Vorderen Orient und rief zur Solidarität mit den Opfern auf.

„Freiheit gibt es nur dort, wo es Religionsfreiheit gibt“, betonte Kauder. Der wahre Freiheitsbegriff komme aus dem Neuen Testament und sei daher ein zentrales Führungsprinzip im Christentum. Ganz anders dort, wo der Islam Staatsreligion sei oder Muslime das Sagen haben: „Religionsfreiheit ist für viele Staaten ein Ärgernis.“ Religionswechsel sei zwar ein Menschenrecht, werde in diesen Ländern aber nicht anerkannt. Christen könnten dort ihren Glauben nicht frei leben.

Aufs Schärfste wandte sich der Fraktionschef gegen die Verfolgung von Andersgläubigen. Sie zeige sich derzeit in einer nicht gekannten Brutalität beispielsweise in Nigeria, Somalia, dem Irak und in Syrien. Hauptopfer dieser verabscheuungswürdigen Gewalt seien oft Frauen. „Sie haben unsere besondere Solidarität verdient“, unterstrich Kauder. Gegen diesen Terror müsse man auch mit Waffengewalt vorgehen. „Nur mit der Bibel in der Hand geht es nicht.“

Zwar dürfe der Islam nicht pauschal verurteilt werden, man könne aber auch nicht so tun, als hätten diese Terroristen überhaupt nichts mit dem Islam zu tun. Kauder begrüßte Anzeichen in der islamischen Welt, den Islam an die Gegebenheiten der heutigen Zeit anzupassen. Er betonte, dass religiöses Recht nicht über den demokratischen Werten der Verfassung stehen dürfe: „In unserem Land schreibt nicht der Prophet die Gesetze, sondern der deutsche Bundestag.“

Zum neunten Kongress christlicher Führungskräfte, der dieses Jahr vom 26. bis 28. Februar in Hamburg stattfindet, sind mehr als 3.000 Besucher aus 13 Ländern angereist. 60 Prozent der Kongressteilnehmer gehören den beiden großen Kirchen an, 40 Prozent sind Mitglieder von Freikirchen. Nach Angaben der Veranstalter sei das Ziel, Christen in Führungspositionen zu ermutigen, Verantwortung zu übernehmen und Werte zu leben.

## Streit um Kirchenasyl beigelegt

**Berlin/APD** Die beiden großen Kirchen in Deutschland und das Bundesinnenministerium haben ihren Streit um das Kirchenasyl beigelegt. Nachdem bereits der Vergleich zwischen dem Kirchenasyl und der Scharia durch den Bundesminister des Innern zurückgezogen wurde, hat auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) klargestellt, dass die Tradition des Kirchenasyls an sich nicht in Frage gestellt werde. Gleichzeitig wurde die Einführung einer verschärften Fristenregelung aufgeschoben.

### Kirchen begrüßen Kurskorrektur des Staates

„Die beiden großen christlichen Kirchen begrüßen diese wichtigen Kurskorrekturen“, sagten der Leiter des Katholischen Büros in Berlin, Prälat Karl Jüsten, und der Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Prälat Martin Dutzmann.

„Uns liegt am Herzen, dass das Kirchenasyl in seiner bisherigen Form erhalten bleibt“, betonte Jüsten. „Das ist nun bis zum Herbst ohne Einschränkung möglich“. Im Vorfeld war vom Bundesamt angekündigt worden, die Frist zur Überstellung von Personen im Kirchenasyl, die im Rahmen der sogenannten „Dublin-Verordnung“ in einen anderen Mitgliedstaat abgeschoben werden sollen, von sechs auf 18 Monate zu verlängern. Die Entscheidung über die Einführung dieser verlängerten Frist sei nun aufgeschoben.

### Zentrale Ansprechpartner für Kirchenasyl

Prälat Dutzmann hob hervor: „Gemeinden entscheiden selbstständig über die Gewährung von Kirchenasyl, wenn sie befürchten, dass einem Menschen bei seiner Abschiebung Menschenrechtsverletzungen oder unzumutbare Härten drohen. Das ist auch in „Dublin-Fällen nicht ausgeschlossen.“ „Kirchenasyl ist für uns immer ultima ratio“, ergänzte Jüsten. In der Zeit bis zum Herbst wollen die Kirchen und das BAMF nun eine neue Zusammenarbeit bei Kirchenasylfällen erproben. Dabei sollen Kirchenvertreter die Möglichkeit bekommen, Einzelfälle erneut vom Bundesamt überprüfen zu lassen, vorzugsweise noch bevor die betroffenen Personen in das Kirchenasyl aufgenommen werden. Für die Kommunikation sollen zentrale Ansprechpartner sowohl auf Seiten der Kirchen wie auch des BAMF benannt werden. „Wir hoffen, dass dies zu einer Vermeidung von Härtefällen beiträgt“, erläuterte Dutzmann.

### Kirchenasyl stellt Rechtsstaat nicht in Frage

Unter anderem hätten die Teilnehmer bei einem Spitzengespräch mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt, festgehalten, dass die Kirchen mit dem Kirchenasyl nicht das Ziel verfolgten, den Rechtsstaat in Frage zu stellen

oder über das Kirchenasyl eine systematische Kritik am Dublin-System zu üben. Kirchenasyl sei keine eigenständige, neben dem Rechtsstaat stehende Institution, habe sich jedoch als christlich-humanitäre Tradition etabliert. „Das Bundesamt beabsichtigt nicht, die Tradition des Kirchenasyls an sich in Frage zu stellen“, heißt es in dem von allen Seiten getragenen Gesprächsvermerk.

Derzeit hätten evangelische und katholische Gemeinden in Deutschland 226 Kirchenasyle gewährt. „Angesichts von mehr als 200.000 Asylverfahren in Deutschland im Jahr 2014 unterstreichen die weiterhin niedrigen Fallzahlen den Charakter des Kirchenasyls als Nothilfe im Einzelfall“, betonten Jüsten und Dutzmann.

### **Auch Freikirchen gewähren Kirchenasyl**

Der Mediensprecher der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, Pastor Holger Teubert (Ostfildern bei Stuttgart), begrüßte ebenfalls die Klarstellungen zum Kirchenasyl. Auch die Adventisten wären von dem Scharia-Vergleich des Bundesinnenministers betroffen gewesen. Bereits am 20. März 1996 habe die kleine, nur 26 Mitglieder umfassende Adventgemeinde Wunsiedel in Oberfranken im Fichtelgebirge über fünf Monate lang einen Flüchtling aus dem westafrikanischen Land Togo aufgenommen. Unterstützt worden seien die Adventisten damals von der örtlichen evangelischen Kirchengemeinde. Am 3. September 1996 habe die Polizei den 28-Jährigen in den Räumen der Adventgemeinde verhaftet. Er sei zwei Tage später in seine Heimat abgeschoben worden. „Der Fall hat seinerzeit bundesweit Aufsehen erregt, da zum ersten Mal in Deutschland ein Kirchenasyl durch die Polizei beendet wurde“, so der Mediensprecher.

Im vergangenen Jahr habe die Adventgemeinde Hanau in Kooperation mit der Evangelischen Stadtkirchengemeinde Hanau, der Initiative „Lampedusa in Hanau“ und der diakonischen Flüchtlingshilfe etwa zwei Monate lang einen 24-jährigen Flüchtling aus Eritrea aufgenommen. Die zuständigen Behörden hätten das Kirchenasyl respektiert. Die Adventgemeinde Nürnberg-Mitte habe im Herbst 2014 einer 33-jährigen äthiopischen Christin zwei Monate lang und Ende des Jahres zwei Muslimen, 18 und 26 Jahre alt, etwa einen Monat lang in ihren Räumlichkeiten Kirchenasyl gewährt. Auch dies sei mit ausdrücklicher Duldung der Stadt Nürnberg erfolgt. Gegenwärtig befände sich ein weiterer Moslem im Kirchenasyl der Adventgemeinde Nürnberg-Mitte, informierte Pastor Teubert.

## **Bundesinnenminister begrüßt Einigung beim Kirchenasyl**

**Hamburg/APD Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat die mit den Kirchen erreichte Verständigung in Sachen Kirchenasyl begrüßt. Gleichzeitig erläuterte der evangelische CDU-Politiker am 27. Februar auf dem Kongress christlicher Führungskräfte in Hamburg seine Position, die zu Spannungen mit den Kirchen geführt hatte.**

### **400 abgelehnte Flüchtlinge im Kirchenasyl**

Mit Kirchenasyl gewähren Kirchengemeinden in Deutschland derzeit etwa 400 abgelehnten Asylbewerbern und Flüchtlingen Schutz vor staatlicher Abschiebung. De Maizière sagte vor den Kongressbesuchern, einerseits halte er als Verfassungsminister das Kirchenasyl rechtlich für falsch. Niemand – auch nicht die Kirchen – könnten das Recht beanspruchen, staatliche Gesetze außer Kraft zu setzen. Andererseits schätze er als Christ Erbarmen und Nächstenliebe hoch ein. Mit den Kirchen sei er jetzt übereingekommen, dass Kirchenasyl nur als „ultima ratio“ – als letztes Mittel – anzuwenden sei.

### **Sechs Monate Probezeit**

Der Kompromiss sehe vor, dass die Kirchen den staatlichen Geltungsbereich nicht in Frage stellen und der Staat ebenso nicht die jahrhundertealte Praxis des Kirchenasyls. Dieses Mittel dürfe allerdings nicht zur Aushebelung europäischer Regelungen für Asylbewerber dienen. Strittige Fälle sollten auf der Ebene des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und der evangelischen beziehungsweise katholischen Kirchenleitungen geklärt werden. Das Vorgehen werde in den nächsten sechs Monaten erprobt und dann ausgewertet, sagte der Minister.

### **Christen sollten Profil zeigen und Brücken bauen**

Zur Zukunft des Christentums in Europa erklärte de Maizière, dieses sei nicht in erster Linie von außen bedroht. Für viel entscheidender als etwa die Diskussion um eine Islamisierung halte er die weit fortgeschrittene Säkularisierung und eine mangelnde Leidenschaft der Christen für ihren Glauben. Der Bundesinnenminister verwies auf den starken Rückgang des Anteils der Kirchenmitglieder in der deutschen Bevölkerung: Sie sei von 95 Prozent im Jahr 1950 auf 59 Prozent gesunken. Nur knapp ein Drittel dieses Rückgangs gehe auf die Wiedervereinigung zurück. Die Zahl der Protestanten habe sich in 65 Jahren beinahe halbiert. Auch das Engagement für den Glauben habe nachgelassen: „Was hat unser christlicher Glaube der Begeisterung anderer Kulturen und Religionen wie dem Islam entgegenzusetzen?“ Die Folgerung des Ministers: „Nur wer Profil zeigt, wird sichtbar, weckt Interesse und

vielleicht auch den Wunsch, dazu zu gehören.“ Deshalb sollten Christen in einer religiös und weltanschaulich vielfältigen Gesellschaft „Profil zeigen, verantwortungsvoll leben und Brücken bauen“.

## Flüchtling aus dem Kirchenasyl der Adventgemeinde Nürnberg-Mitte geholt

### Polizei entschuldigt sich: „Verkettung unglücklicher Umstände“

**Nürnberg/APD Zwei Polizeibeamte haben am 9. März den 26-jährigen Äthiopier Sufiyan A. aus dem Kirchenasyl der Adventgemeinde Nürnberg-Mitte der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten geholt und in die Justizvollzugsanstalt Nürnberg gebracht. Dort sollte er eine 39-tägige Ersatzfreiheitsstrafe abbüßen. Pastor Reiner Groß von der Adventgemeinde bezeichnete die Verhaftung als „beschämend“ und sprach von einer „völlig überzogenen Vorgehensweise“. Zwei Tage später entschuldigte sich die Polizei bei ihm und bedauerte die „Verkettung unglücklicher Umstände“, die zu ihrem Einsatz geführt habe. Sufiyan wurde aus der Haft entlassen und kann jetzt in Deutschland einen Asylantrag stellen.**

### Wenn morgens um sechs Uhr die Polizei am Kirchentor klingelt

Laut Pastor Groß klingelten gegen sechs Uhr in der Früh zwei Polizisten am Gittertor, das auf das Gelände der Adventgemeinde Nürnberg-Mitte führt. Noch verschlafen kam Sufiyan aus dem Gebäude mit einem Schlüssel in der Hand. Die Beamten sagten ihm, dass er unverzüglich das Tor zu öffnen habe, was der Flüchtling eingeschüchtert tat. Er wurde ins Haus begleitet, durfte ein paar Sachen mitnehmen und kam ins Gefängnis.

Seit Januar gewähre die adventistische Gemeinde zwei Muslimen aus Äthiopien Kirchenasyl, so Reiner Groß. Der zweite Kirchenasylant, der im gleichen Raum wie Sufiyan schlief, habe das Klingeln nicht gehört, sondern sei erst aufgewacht, als die beiden Beamten schon im Zimmer waren. Da niemand anderes sich auf dem Gelände befand, erfuhr der Pastor erst am Abend durch den verbliebenen Äthiopier von dem Vorfall.

### Behörden überrascht

Die Adventgemeinde Nürnberg-Mitte habe Erfahrung mit dem Kirchenasyl, betonte Groß. Seit Ostern 2014 hätten die dortigen Adventisten einer Frau und vier Männern, alle aus Äthiopien, Kirchenasyl gewährt. Es sei immer nur eine begrenzte Zeit gewesen, um statt in ein anderes EU-

Land abgeschoben zu werden in Deutschland einen Asylantrag stellen zu können. In allen fünf Fällen habe der neunköpfige Kirchengemeinderat beschlossen: „Wir wollen helfen“. Die alte Hausmeisterwohnung diene als Unterkunft. Die zuständigen Behörden seien stets informiert gewesen.

Der Anruf am nächsten Morgen bei der Ausländerbehörde Neumarkt, wo die beiden vorher gemeldet waren, und beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Zirndorf hätten keinen Hinweis zu den Gründen des Abholens ergeben. „Hier war man überrascht, denn von dieser Seite gab es dazu keinen Auftrag“, teilte Groß mit. Auch ein Polizeisprecher betonte, dass es nicht um einen Abschiebefehl gegangen sein könne, denn das Kirchenasyl werde akzeptiert.

Zwei Tage nach der Verhaftung habe sich die Polizei bei dem Pastor entschuldigt. Es hätte sich um eine Verkettung unglücklicher Umstände gehandelt. Die Polizei wäre zwar informiert gewesen, dass sich bereits zuvor drei Flüchtlinge im Kirchenasyl der Adventgemeinde Nürnberg-Mitte befunden haben, doch hätte es das Bundesamt versäumt ihr mitzuteilen, dass die Gemeinde erneut zwei Äthiopier aufgenommen hat. Wäre die Polizei unterrichtet gewesen, wäre die Sache anders gehandhabt worden.

### Keine Abschiebehaft, sondern Ersatzfreiheitsstrafe

Schließlich habe geklärt werden können, dass Sufiyan von der Polizei deswegen abgeholt wurde, weil eine Ersatzfreiheitsstrafe von einem Gericht in Frankfurt am Main angeordnet wurde. Hintergrund sei der illegale Aufenthalt in der Bundesrepublik gewesen. Hierzu habe der Äthiopier vor einem halben Jahr eine Zahlungsaufforderung mit der Androhung einer Haftstrafe erhalten, falls er die Summe nicht begleiche. Eine Sachbearbeiterin des Bundesamtes in Zirndorf hätte ihm jedoch mitgeteilt, dass er das Schreiben wegwerfen könne, da es in seinem Fall ohne Bedeutung sei. Das habe der Äthiopier noch im Bundesamt getan.

Seltsam wäre, so Groß, dass weder Sufiyan, sein Anwalt oder er als Pastor, der den Behörden als Zuständiger für das Kirchenasyl bekannt gewesen sei, keine weitere Zahlungserinnerung erhalten hätten. In der Justizvollzugsanstalt Nürnberg sollte der Äthiopier 39 Tage Haft verbüßen, weil er die 331 Euro nicht gezahlt hatte. Nach allem, was der Äthiopier durchgemacht habe, sei die Handlungsweise, welche ihn erneut in Angst und Schrecken versetzt hätte, beschämend gewesen. Der Geistliche: „Ich sehe in diesem Verhalten eine völlig überzogene Vorgehensweise, die einem Rechtsstaat, wie Deutschland, nicht würdig ist.“

### **Durch die Wüste, über das Meer und bis nach Deutschland**

Der 26-jährige Äthiopier habe, als er in Deutschland eintraf, bereits eine bewegende Flucht hinter sich gebracht, berichtete Groß. Über zwei Jahre hätte seine Irrfahrt gedauert. „Sie führte ihn von Äthiopien über den Sudan durch die Sahara nach Libyen.“ Die zweitägige Fahrt durch die Wüste, dichtgedrängt auf einem Lastkraftwagen ohne Essen und Trinken, wäre eine Tortur gewesen, die einige nicht überlebt hätten. In Libyen habe er wegen illegalem Aufenthalt ein Jahr im Gefängnis gesessen. Danach sei es mit einem völlig überfüllten Schlauchboot über das Mittelmeer gegangen. Als kein Benzin für den Motor mehr vorhanden war, wollte ein größeres Fischereifahrzeug helfen. Dadurch wäre die rechte Seite des Schlauchbootes aufgeschlitzt worden, sodass etwa 20 Menschen ertranken. Die restlichen 60 Überlebenden seien von der herbeigerufenen italienischen Küstenwache gerettet und nach Lampedusa gebracht worden. „Von dort aus ging es nach Cagliari in Südsardinien, wo Sufiyan mit etlichen anderen von Dezember 2013 bis Februar 2014 in der Stadt auf der Straße lebte. Sein Bett und seine Zudecke waren Kartonagen. Nur einmal täglich gegen Abend wurde ihnen etwas zu essen und zu trinken gebracht. Schließlich durften er und andere seitens der italienischen Behörden nach Deutschland ausreisen, wobei die Fahrt für sie sogar bezahlt wurde.“

### **Aus der Haft entlassen – Asylantrag jetzt möglich**

Nachdem die „Initiative Freie Flüchtlingsstadt“ die Strafe bezahlt habe, sei der Äthiopier sofort aus der Haft entlassen worden, teilte Pastor Reiner Groß mit. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge habe bestätigt, dass Sufiyan nicht abgeschoben werde, sondern einen Antrag auf Asyl in Deutschland stellen könne. Ein weiteres Kirchenasyl sei deshalb nicht mehr notwendig. Bis der Äthiopier eine neue Unterkunft habe, könne er noch in den Räumlichkeiten der Adventgemeinde bleiben, versicherte Groß.

### **Freikirchenleiter: Sich für Flüchtlinge einsetzen**

Pastor Wolfgang Dorn (München), Vorsteher der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Bayern, dankte Pastor Reiner Groß und der Adventgemeinde Nürnberg-Mitte für ihr Engagement. Es gebe in den letzten Wochen und Monaten in den adventistischen Gemeinden in Bayern ein verstärktes Engagement für Asylbewerber und Flüchtlinge. „Dieses unterstützen wir ausdrücklich und machen Mut hier nach weiteren Wegen der praktischen Hilfe zu suchen. Wir folgend damit dem Auftrag Gottes in 5. Mose 10,19: ‚Darum sollt ihr auch die Fremdlinge lieben; denn ihr seid auch Fremdlinge gewesen‘“, betonte Dorn.

## **Christliche Stimme in der EU-Politik nötig**

**Hamburg/APD Christliche Kirchen und andere Glaubensgemeinschaften könnten in der Europäischen Union (EU) viel bewegen. Das behauptete die Koordinatorin für den Dialog mit Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften bei der EU-Kommission, Katharina von Schnurbein (Brüssel), in einem Seminar beim Kongress christlicher Führungskräfte in Hamburg.**

In der europäischen Politik seien die Kirchen ein „hochangesehener, beliebter Gesprächspartner“, da sie meist das Gemeinwohl im Blick hätten und weniger die eigenen Interessen. Christen könnten sich mit ihrem Menschenbild und der Nächstenliebe in vielen Politikfeldern einbringen, so von Schnurbein. Dazu gehöre allerdings auch Sachkompetenz. Das Hochhalten von Gesinnungen und Werten allein, sei wenig hilfreich.

Dabei stelle sich die Frage, ob es überhaupt genug Christen gebe, die sich auch politisch engagieren wollten. Nur durch lang anhaltendes Engagement könne etwas bewirkt werden. Wer etwas erreichen wolle, müsse sich mit Gleichgesinnten vernetzen. Das falle Christen oft dann schwer, wenn zwar dieselben Ziele erreicht werden sollten, es aber in bestimmten Fragen, die mit dem eigentlichen Ziel wenig zu tun hätten, keine theologische Übereinstimmung gebe. Alle, die friedlich zusammenleben wollen, müssten zur Zusammenarbeit bereit sein. Denn es sei heute nicht mehr selbstverständlich, dass die Religion im öffentlichen Leben noch Gehör finde, gab Katharina von Schnurbein zu bedenken.

Gerade in den aktuellen Debatten um Flüchtlinge und Asyl sowie um die Konflikte in der Ukraine und Syrien sei eine christliche Stimme notwendig. Die EU-Koordinatorin wies darauf hin, dass sich in der Ukraine die unterschiedlichsten Kirchen und Religionsgemeinschaften gemeinsam für den Frieden in der Region einsetzen würden. So habe bereits im März letzten Jahres der „Ukrainischen Rat der Kirchen und religiösen Organisationen“ in einer Stellungnahme an die Konfliktparteien appelliert, auf militärische Mittel und Gewalt zu verzichten und friedliche Wege der Verständigung zu suchen. Zudem hätten die Kirchen und Religionsgemeinschaften angeboten, eine vermittelnde Rolle zu übernehmen und als Gesprächsplattform zur Verfügung zu stehen. Dem Rat gehörten katholische, orthodoxe und protestantische Kirchen (einschließlich der Siebenten-Tags-Adventisten) sowie jüdische und muslimische Glaubensgemeinschaften an. Aber auch Vertreter von christlichen Kirchen sowie muslimischen und jüdischen Gemeinschaften aus Russland und der

Ukraine würden sich gemeinsam humanitär für die vom Ukraine-Konflikt Betroffenen einsetzen und zum Frieden aufrufen.

## EAK: Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht

**Bonn/APD** Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) hat das Recht auf Kriegsdienstverweigerung betont. Anlass ist das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in Luxemburg vom 26. Februar 2015, wonach der Asylantrag des US-Soldaten André Shepherd vor einem deutschen Gericht verhandelt werden muss (Az.: C-472/13).

### Wartungstechniker für US-Kampfhubschrauber beantragt Asyl in Deutschland

Shepherd war der erste US-Deserteur, der einen Asylantrag in Deutschland stellte. Mit seiner Fahnenflucht am 11. April 2007 aus einem US-Stützpunkt in Bayern und dem Asylantrag vom 26. November 2008 wollte er einem erneuten Einsatz im Irak entgehen. Im Irakkrieg hatte der heute 37-jährige Techniker Apache-Kampfhubschrauber gewartet. Den US-Einsatz im Irak sah er aber mittlerweile als völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Bei der Begründung seines Asylantrags machte er geltend, dass ihm wegen seiner Desertion Strafverfolgung drohe. Außerdem beeinträchtigte die Fahnenflucht, die aus amerikanischer Sicht ein Kapitalverbrechen sei, sein Leben, weil sie ihn in seinem Land sozialer Ächtung aussetze. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge lehnte am 4. April 2011 den Asylantrag ab. Dagegen klagte Shepherd beim Verwaltungsgericht München. Dieses rief im September 2013 den EuGH im Vorabentscheidungsverfahren an und bat um die Auslegung der europäischen Richtlinie über den Flüchtlingsstatus eines Verfolgten.

### Hohe Hürden für den Asylanspruch eines Deserteurs

Laut dem nun vorliegendem Urteil des Europäischen Gerichtshofs könne auch ein Deserteur aus einem Drittland mit lediglich logistischer oder unterstützender militärischer Funktion Asyl beanspruchen. Voraussetzung sei jedoch, dass dem Wartungsmechaniker durch seine Tätigkeit eine indirekte Verwicklung in Kriegsverbrechen gedroht hätte. Eine mögliche Freiheitsstrafe oder die unehrenhafte Entlassung aus der Armee wären jedoch keine Asylgründe im Sinne des europäischen Rechts. Der Flüchtlingsschutz sei auch ausgeschlossen, wenn der Antragsteller sich nicht vorrangig um die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer bemüht habe, es sei denn, ihm stand kein derartiges Verfahren zur Verfügung. Dies alles zu prüfen sei jedoch Sache der nationalen Behörden

und Gerichte. Auf der Grundlage des Urteils des EuGH habe daher das Verwaltungsgericht München über den Asylantrag des aus Cleveland, Ohio, stammenden Mannes zu entscheiden.

### Kriegsdienstverweigerung Teil der Glaubens- und Gewissensfreiheit

„Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht“, unterstreicht dazu der Bundesvorsitzende der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK), Dr. Christoph Münchow. Es müsse möglich sein, dass Soldatinnen und Soldaten jederzeit einen Einsatz aus Gewissensgründen verweigern dürften, weil sie konkrete Einsätze nicht unterstützen könnten. Wenn Einsätze der Soldaten politisch umstritten seien, weil es möglicherweise unterschiedliche völkerrechtliche Beurteilungen gebe, dann müsse ein Soldat hierzu auch Nein sagen können, gab Münchow zu bedenken.

Kriegsdienstverweigerung sei ein unverzichtbarer Teil der Glaubens- und Gewissensfreiheit, betonte auch die EAK-Geschäftsführerin Maria Schiffels. Kriegsdienstverweigerung, aber auch Desertion, wären mutige persönliche Schritte aus Gewissensnot, die geachtet werden müssten. Darum sei der aktuelle Fall des US-Soldaten André Shepherd auch bedeutend. Hier könne Deutschland zeigen, dass das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung ernst genommen werde und Menschen, die eine Verfolgung aus diesem Grund befürchten müssten, auch Schutz erhielten, so Maria Schiffels.

## 34.811 Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland

**Ostfildern bei Stuttgart/APD** 34.811 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten gab es am 31. Dezember 2014 in Deutschland. Das sind 90 weniger als im Jahr zuvor. 505 Taufen und Aufnahmen in die Freikirche sowie 126 Zuwanderungen von Adventisten aus dem Ausland standen im letzten Jahr 496 Todesfälle sowie 225 Austritte und Ausschlüsse gegenüber. Die Zahl der örtlichen Adventgemeinden verringerte sich um eine auf 559.

### Krankenhäuser, Schulen und Medien

Die Freikirche betreut in Deutschland über 2.000 Kinder im Kindergottesdienst sowie durch ihre Adventjugend fast 8.000 Pfadfinder, Teenager und Jugendliche. Sie ist in jedem Bundesland eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat sieben regionale Kirchenleitungen (Vereinigungen), die zum Nord- und Süddeutschen Verband als überregionale Zusammenschlüsse gehören. Sie unterhält das Berliner Krankenhäuser „Waldfriede“

und „Nikolassee“ , die Theologische Hochschule Friedensau bei Magdeburg, das Schulzentrum Marienhöhe, Darmstadt, mit Gymnasium, Real- und Grundschule sowie sieben weitere Grundbeziehungsweise Realschulen, fünf Kindergärten und eine Heilpädagogische Tagesstätte für Vorschulkinder in Neuburg/Donau. Auch das Medienzentrum „Stimme der Hoffnung“, Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, mit dem „Hope Channel“ TV- und Radiosender, der Blindenhörbücherei und dem Internationalen Bibelstudien-Institut sowie der Advent- und Saatkorn-Verlag, Lüneburg, stehen unter adventistischer Leitung.

### Weitere Sozialeinrichtungen

Das Advent-Wohlfahrtswerk (AWW) betreut rund 40.000 bedürftige Menschen pro Jahr. Zu ihm gehören unter anderem fünf Altenpflegeheime, vier Einrichtungen „Betreutes Wohnen“, ein Behindertenwohnheim (Groß-Umstadt bei Darmstadt), zwei Hospize (Uelzen und Lauchhammer/Brandenburg), sieben Tagungsstätten, ein Übernachtungshaus für wohnungslose Frauen (Leipzig), eine Fachklinik für Abhängigkeitskranke (Dedelstorf/Niedersachsen), zwei Wohnheime für Suchtkranke, vier Suchtberatungsstellen, neun Suppenküchen und elf psychosoziale Beratungsstellen. Der Deutsche Verein für Gesundheitspflege (DVG) verfügt über 57 Regionalgruppen, die Seminare zur Gesunderhaltung (Prävention) anbieten. Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland führt humanitäre Maßnahmen in aller Welt durch.

### Zwischenkirchliche Beziehungen

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ist Gastmitglied in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland und in der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) sowie Mitglied in der Deutschen Bibelgesellschaft (DBG).

## INTERNATIONAL

### ÖRK verurteilt Gräueltaten des „Islamischen Staates“ in Syrien

**Genf/Schweiz/APD** Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) hat laut einer Medienmitteilung die jüngsten Angriffe und Gräueltaten scharf verurteilt, die Berichten zufolge vom sogenannten Islamischen Staat gegen Christen in Syrien verübt worden sind.

Am 25. Februar veröffentlichte der ÖRK am Sitz in Genf

eine Erklärung, in der er seine tiefe Besorgnis angesichts der jüngsten Berichte über Angriffe auf christliche Siedlungen, Tötungen von Zivilpersonen, die Entführung von rund 100 Menschen und die Auslösung einer Massenabwanderung von Gemeinschaften zum Ausdruck brachte.

„Der Ökumenische Rat der Kirchen prangert diese und alle anderen Angriffe gegen die vielfältige Gesellschaftsstruktur an, welche die Grundlage für die Aussicht auf eine integrative Gesellschaft und einen nachhaltigen Frieden bildet“, sagte Georges Lemopoulos, stellvertretender Generalsekretär des ÖRK.

„Der ÖRK verurteilt alle gewalttätigen Übergriffe gegen Zivilpersonen als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wer auch immer sie begehen mag“, fügte er hinzu.

„Wir fordern die internationale Gemeinschaft auf, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Zivilbevölkerung und die betroffenen Gemeinschaften vor weiteren Angriffen zu schützen und dafür zu sorgen, dass die Täter für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden“, betonte Lemopoulos.

ÖRK-Mitgliedskirchen mit Hauptsitz in Syrien:

- Griechisch-Orthodoxes Patriarchat von Antiochien und dem gesamten Morgenland
- Syrisch-Orthodoxes Patriarchat von Antiochien und dem gesamten Morgenland

ÖRK-Mitgliedskirchen, die in Syrien vertreten sind

- Armenische Apostolische Kirche (Kilikien)
- Evangelische Nationalsynode von Syrien und Libanon
- Armenische Apostolische Kirche (Etschmiadsin)
- Kirche von Norwegen
- Vereinigung der Armenischen Evangelischen Kirchen im Nahen Osten
- Heilige Apostolische und Katholische Assyrische Kirche des Ostens
- Evangelische Kirche in Deutschland
- Bischöfliche Kirche in Jerusalem und dem Mittleren Osten

### Kenias Präsident unterstützt adventistische Universität

**Nairobi/Kenia/APD** Am 21. Februar besuchte der Präsident von Kenia, Uhuru Kenyatta, den Campus der „Adventist University of Afrika“ (AUA) in Ongata Rongai am Stadtrand der Hauptstadt Nairobi, um dort den Neubau eines Gebäudekomplexes für Gesundheitswissenschaften zu unterstützen. In seiner Rede vor fast 4.000 Menschen versprach das Staatsoberhaupt

**umgerechnet 19.500 Euro für das Projekt zu spenden und unterstrich dabei, dass die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten eine „vorbildliche Partnerin beim Aufbau von Kenia“ sei: „Die Adventisten haben ein wichtiger Rolle bei der Entwicklung unseres Gemeinwesen, der Ausbildung unserer Bürger und beim Aufbau unserer Nation gespielt“, sagte Kenyatta. Er hätte sich dabei auf die zahlreichen Kirchen und Schulen der Adventisten im ostafrikanischen Land bezogen, berichtet Adventist News Network ANN.**

Kenyatta, der von Vizepräsident William Ruto sowie weiteren Politikern und Beamten begleitet wurde, habe die in die Zukunft gerichtete Vision der 2006 gegründeten adventistischen Universität hervorgehoben. Sie sei die einzige Universität in Kenia, welche ausschließlich Studiengänge für Postgraduierte anbiete. „Indem sie Herzen berühren, das Denken erweitern und Kranke heilen, wird das Wort Gottes lebendig und zu einem Licht für die Menschen“, lobte Kenyatta Ausmaß und Qualität des adventistischen Bildungswesens.

Pastor Blasious Ruguri, Präsident der Adventisten in Ost-Zentralafrika, dankte dem kenianischen Staatsoberhaupt für sein Kommen und die Unterstützung für das Projekt. Ruguri forderte die Anwesenden auf, dem Vorbild des Präsidenten zu folgen und das Projekt des Neubaus zu unterstützen, was viele der anwesenden Beamten und Kirchenvertreter auch getan hätten, so ANN.

#### **Adventisten in Kenia**

In Kenia, mit 44,3 Millionen Einwohnern, leben 795.000 Mitglieder der Siebenten-Tags-Adventisten. Sie feiern in 4.676 Kirchen den Gottesdienst, unterhalten ein Spital, eine Klinik, zwei Universitäten, 23 Grund- und höhere Schulen sowie die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Kenia mit 28 Angestellten.

## **Hus-Gedenken als Auftrag für Erinnerungskultur**

**Bensheim/APD Mit der Erinnerungskultur im 600. Todesjahr von Jan Hus befasste sich die 59. Europäische Tagung für Konfessionskunde, die vom 27. bis 28. Februar in Bensheim/Deutschland stattfand und vom Konfessionskundlichen Institut des Evange-lischen Bundes veranstaltet wurde. Die Wirkungsgeschichte des Erbes von Hus im Protestantismus sei ebenso beleuchtet worden wie die Frage der „Heilung der Erinnerungen“ zwischen den christlichen Kirchen, heißt es in der Medienmitteilung des Veranstalters.**

#### **Historische Hintergründe des Konstanzer Konzils**

Demnach beleuchtete Jürgen Miethke, emeritierter Professor für Geschichte der Mittelalters und der Neuzeit an der Universität Heidelberg, in seinem Vortrag die historischen Hintergründe des Konstanzer Konzils. Das innerkirchliche Schisma des 15. Jahrhunderts hatte dazu geführt, dass drei Päpste gleichzeitig amtierten. Auf dem Konzil wurde unter anderem darum gerungen, dieses Schisma zu beheben und durch Konziliarismus die Macht des Papstes zu begrenzen.

#### **Fehlbarkeit von Papst und Kirchengremien**

Volker Leppin, Reformationsgeschichtler an der Universität Tübingen, stellte die ideengeschichtlichen Traditionen dieses Gedankens vor. So wurde die Erkenntnis der Fehlbarkeit nicht nur des Papstes, sondern auch hochrangiger Kirchengremien bereits von Wilhelm von Ockham dargelegt. Pierre d'Ailly, Theologe und Kardinal im frühen 15. Jahrhundert, leitete aus der biblischen Überlieferung die Vorstellung von „Christus als Haupt der Kirche“ ab und versuchte damit den Machtanspruch des Papstes zu relativieren. Auch der Konzilsteilnehmer Francesco Zabarella, Jurist und Kardinal, identifizierte die Gläubigen insgesamt als Repräsentanten der Kirche, denen sich auch der Papst unterordnen müsse.

#### **Hus-Erbe in Tschechien**

Über das Hus-Erbe in Tschechien referierten die tschechischen Historiker und wissenschaftlichen Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften in Prag, Jiri Just und Jaroslav Šebek. Sie zeigten für unterschiedliche Zeitepochen die Aneignung des Vor-Reformators auf, der als Projektionsfläche für theologische, kirchliche und nationale Interessen diene.

#### **Protestantische Rezeption des Reformators Hus**

Die protestantische Rezeption des Reformators Hus beleuchtete Martin Rothkegel, Professor für Kirchengeschichte am Theologischen Seminar (FH) Elstal. Martin Luther hatte sich 1519 mit einer Schrift von Johannes Hus auseinandergesetzt und sich ausdrücklich in dessen Tradition gestellt. In der Folge wurden das Werk wie das Schicksal des böhmischen Reformators zur Begründung für protestantische Reformbemühungen in theologischer, aber auch kirchenpolitischer Hinsicht herangezogen. Durch Albrecht Ritschl, der die hussitische Theologie im 19. Jahrhundert neu bewertete, verlor diese in der Folge an Beachtung.

#### **Märtyrergedenken**

Der Religionspädagoge Friedrich Schweitzer, Professor an der Universität Tübingen, problematisierte das Märtyrergedenken im Religionsunterricht. Von beispielhaften Personen christlichen Handelns könne nur als „kritisch gebrochenen Vorbildern“ gesprochen werden. Jan Hus als „Blutzeuge“ spiele in der



Religionslehre weniger eine Rolle als etwa Dietrich Bonhoeffer oder auch Martin Luther King.

### Heilung der Erinnerung

Abschließend referierte Andrea Strübind, Professorin für Kirchengeschichte an der Universität Oldenburg, über Chancen und Risiken der „Heilung der Erinnerung“ im ökumenischen Prozess. So sei eine „heilende Erinnerungskultur“ eine Methode, um Versöhnung in „post-konfliktären Gesellschaften“ anzustoßen. Entsprechende Erfahrungen zeigten „Healing of Memories“-Prozesse in Rumänien, Südafrika und Nordirland. Im Blick auf das Reformationsjubiläum 2017 sei in der ökumenischen Versöhnungsarbeit aber das Einbeziehen der Täuferbewegung als Teil der Reformation nötig. Im Umfeld der Reformation waren nachweislich mindestens 3.000 Taufgesinnte, darunter viele Frauen, als „Ketzer“ verurteilt und hingerichtet worden.

Eine intensive, ausführliche Diskussion zu Aspekten der Reformationshistoriografie und ihrer ökumenischen und kirchenpolitischen Bedeutung beschloss die Tagung.

### Damit aus Fremden Freunde werden: „Global Youth Day“ der Adventjugend

**Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt/APD** Am 21. März fand bereits zum dritten Mal der internationale „Global Youth Day“ (Weltjugendtag) statt. Weltweit waren rund acht Millionen junge Menschen unterwegs, um sozial aktiv zu werden. Veranstaltet wurde der „Global Youth Day“ von der Adventjugend, der Jugendorganisation der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Jugendgruppen rund um den Globus waren dabei via Internet, Facebook und Fernsehen miteinander vernetzt.

Der adventistische Fernsehsender „Hope Channel“ berichtete aus 23 Studios von den Fidschi-Inseln über Europa bis in die USA über die vielfältigen Aktionen des Global Youth Day in einer 24-stündigen Sondersendung. Sie wurde vom Alsbacher Medienzentrum der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten koordiniert und technisch abgewickelt.

Die Jugendgruppe der Adventjugend „Marienhöhe“ hatte beispielsweise in der Darmstädter Innenstadt Obdachlose bewirte sowie ein Übergangwohnheim für Nichtsesshafte besucht. „Durch unsere Jugendgruppe hat die Aktion eine richtige Welle geschlagen“, berichtet Jugendpastor Laurent Mutamba. „Alle waren von der Aktion begeistert und denken jetzt darüber nach, wie sie

sich selbst für andere Menschen in Darmstadt engagieren können. Das hatte ich mir gewünscht, dass sich das Denken über andere Menschen verändert. Denn damit fängt es ja immer an.“

Unter dem Motto „Damit aus Fremden Freunde werden“ veranstaltete die Adventjugend Oberbayern in Neuburg an der Donau einen Begegnungs- und Kreativtag mit 80 Kindern und Jugendlichen, die zum Teil aus der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber kamen. In Zusammenarbeit mit dem Traumtheater Neuburg und dem Adventwohlfahrtswerk Bayern wurde ein Unterstand gebaut und kreative Workshops angeboten. „Uns ist es wichtig eine echte Willkommenskultur zu leben. Der Fremde, ob als Deutscher oder als Asylbewerber, ist immer zuerst ein Mensch, uns gleich“, betonte Ralf Hartmann, Leiter des Projekts.

### Gegen Nationalismus und Ausgrenzung

#### Konzertierte Aktion von „Justitia et Pax Europa“ gegen zunehmenden Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa

**Wien/Österreich/APD** Auf den europaweit gestiegenen Zulauf von Parteien mit nationalistischen Programmen reagierte am 18. Februar die römisch-katholische Kirche mit einer konzertierten Aktion „Gegen Nationalismus und Ausgrenzung“ von „Justitia et Pax Europa“, einem Zusammenschluss der 31 nationalen „Justitia et Pax“-Kommissionen. Neben Politikern sollen laut der Stellungnahme auch Medien in ihrer Verantwortung im Umgang mit einer immer stärker werdenden nationalistischen und fremdenfeindlichen Rhetorik in die Pflicht genommen werden. Darüber hinaus wird in dem Dokument eine „konsequente europäische Migrationspolitik, die Verantwortung übernimmt“, angemahnt.

„Simple Parolen, Stimmungsmache auf Kosten von Einwanderern und gegen die EU verfangen bei vielen Menschen, die sich um ihre Zukunft Sorgen machen, aber sie sind keine Antwort auf die komplexen Herausforderungen unserer Zeit“, sagte der Luxemburger Erzbischof Jean-Claude Hollerich, Präsident von „Justitia et Pax Europa“, zum Auftakt der europaweiten Initiative. Beim Thema Migration gebe es keine einfachen Lösungen. Schlicht und einfach seien hingegen die Ziele nationalistisch agierender Parteien und Bewegungen, denen es dabei nur um politische und wirtschaftliche Macht gehe. „Den Armen, den Schwachen und wirklich Benachteiligten dienen sie nicht.“

Deutliche Worte findet der Europaverbund der kirchlichen Menschenrechtskommissionen für den grassierenden Verbalradikalismus: „Die häufig rassistische oder fremdenfeindliche Ausdrucksweise erinnert unweigerlich an die aggressive und ultranationalistische Politik, die beiden Weltkriegen vorausging.“ Ein „Nationalismus der Ausgrenzung“ stehe im Widerspruch zum Wert der Menschenwürde und „stellt letztendlich eine Bedrohung dar für den sozialen Zusammenhalt auf lokaler Ebene und für den Frieden unter den Staaten Europas“. Von daher werden zivilgesellschaftliche Organisationen und Kirchen aufgerufen, „jegliche nationalistisch geprägte Rhetorik privat und öffentlich anzuprangern und infrage zu stellen“.

In neun Punkten nimmt „Justitia et Pax Europa“ Stellung zu Nationalismus und Ausgrenzung:

1. Die Forderung von politischen Parteien nach mehr Autonomie einer Nation oder innerhalb einer Nation könne ein legitimes Ziel sein, solange es mit gewaltfreien Mitteln verfolgt und nicht mit Hassreden agiert werde.
2. Gemäß der römisch-katholischen Soziallehre seien alle Menschen gleich, deshalb müssten auch die Rechte von Minderheiten in Nationalstaaten geachtet werden.
3. Die zunehmende Tendenz, „Popularität und Macht mit undifferenzierten politischen Programmen und Wahlslogans gewinnen zu wollen“, sei beunruhigend. Sie gründeten auf der Auffassung, „Wohlstand und Sicherheit könnten nur durch unilaterale, nationale Maßnahmen erzielt werden und, falls nötig, zum Nachteil anderer Menschen“. Die Verbreitung solcher Wahlslogans über die Medien könne die politische Agenda eines Landes in eine nationalistische Richtung lenken.
4. Die häufig rassistische oder fremdenfeindliche Ausdrucksweise erinnere unweigerlich an die aggressive und ultranationalistische Politik, die beiden Weltkriegen vorausgegangen sei.
5. Der „Nationalismus der Ausgrenzung“ stehe im Widerspruch zum Wert der Menschenwürde und habe nichts mit Gerechtigkeit zu tun, weil er Grundrechte nur eingeschränkt zuerkenne, je nach nationaler, ethnischer oder religiöser Herkunft. Das widerspreche der Schöpfungsintension Gottes, der den Menschen als Mann und Frau, nach seinem Bild geschaffen habe.
6. Indem nationalistische Politiker in ihrem Machtstreben einfache Lösungen für komplexe Lebenswirklichkeiten anbieten würden, spielten sie mit den Ängsten der Menschen. Es ginge dabei auch vergessen, dass Lösungen, die auf Ungerechtigkeit oder Unterdrückung eines Teils der Gesellschaft beruhten, nie eine friedliche Gemeinschaft hervorbringen könnten.
7. Das Thema Migration sei ein Paradebeispiel, wie zunehmend Realitäten ignoriert würden. Neben

historischen Gründen gebe es auch demographische Zwänge, politische und/oder religiöse Konflikte und neuerdings auch den Klimawandel als Gründe für die Migration. Es gehe darum, auf internationaler Ebene Lösungen zu entwickeln, wie Not leidende Flüchtlinge aufgenommen werden könnten, aber auch wie Konflikte friedlich beigelegt und Krisenstaaten wieder aufgebaut werden könnten.

8. Parteien, die den Austritt aus der EU als beste Lösung anpriesen, hätten nur vage Antworten, „wie sie sich die Zukunft ihres Landes in der heutigen Produktions-, Handels- und Konsumkette vorstellen“ würden, die definitiv und unwiderruflich global sei. Die Europäische Union sei nicht perfekt, aber sie bleibe ein Instrument zur Friedenserhaltung und Konfliktlösung auf unserem Kontinent.

9. Die Achtung der Menschenwürde sowie die Einhaltung der Menschenrechte seien zentral, um dem Nationalismus und der Ausgrenzung entgegenzuwirken. Rassistische und fremdenfeindliche Gewalt, in Wort und Tat, müsse verurteilt und sanktioniert sowie Unwahrheiten und Beschuldigungen mit Mut öffentlich entgegnet werden.

Die Stellungnahme von „Justitia et Pax Europa“ schließt mit einem Aufruf an Politiker, Bürger, zivilgesellschaftliche Organisationen und die Kirchen Europas im Sinne des Dokuments zu handeln.

Die Stellungnahme von „Justitia et Pax Europa“ im Wortlaut:

[http://www.iupax.at/images/Dokumente/Stellungnahmen/CA\\_2015\\_Nationalismus.pdf](http://www.iupax.at/images/Dokumente/Stellungnahmen/CA_2015_Nationalismus.pdf)

## Evangelikale Organisation führt Musterprozess gegen die Türkei

**Ankara/Türkei und Wien/Österreich/APD Die Organisation „Alliance Defending Freedom“ (ADF) führt beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) einen Musterprozess gegen die Türkei, um für christliche Kirchen die Zuerkennung eines öffentlich-rechtlichen Status und die generelle Erlaubnis zum Kirchenbau durchzusetzen, wie CBS KULTUR INFO berichtet.**

Die in der Türkei gültigen Einschränkungen für christliche Kirchen „widersprechen dem europäischen Recht“, sagte der stellvertretende Leiter des Wiener ADF-Büros, Roger Kiska, in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur „Zenit“. Seine Organisation habe keine feindlichen Absichten gegen die Türkei, es gehe ausschließlich darum, den christlichen Kirchen im Land – „das so reich an christlicher Geschichte ist“ – das Leben leichter zu machen.

Roger Kiska, der in den USA studiert hat, begann seine juristische Karriere in der Kanzlei des früheren christdemokratischen slowakischen Ministerpräsidenten Jan Carnogursky. Kiska ist, nach Angaben der Stiftung „Pro Oriente“, ein Spezialist für europäisches Recht und hat das europäische Anwalts-Netzwerk von ADF aufgebaut.

Die „Alliance Defending Freedom“ (ADF), mit dem Untertitel „For Faith, for Justice“ (Für den Glauben, für die Gerechtigkeit), wurde 1994 in den USA von Persönlichkeiten aus dem evangelikalen Raum gegründet. Sie hat ihren Sitz in Scottsdale im US-Bundesstaat Arizona. Als Bündnis bildende Rechtsorganisation setzt sie sich weltweit mit juristischen Mitteln für das Recht der Menschen ein, ihren Glauben frei ausleben zu können. Neben der Religionsfreiheit engagiert sich ADF auch für die „Heiligkeit des menschlichen Lebens“ sowie den Schutz von Ehe und Familie. Im Jahre 2012 eröffnete ADF das erste Auslandsbüro in Wien (Österreich).

Zu ihren Gründern 1994 zählen über 30 prominente christliche Kirchenleiter in den USA, darunter Persönlichkeiten wie Dr. Bill Bright, Gründer von „Campus Crusade for Christ“ (heute: Cru); Larry Burkett (†), Mitbegründer von „Crown Financial Ministries“; Dr. James C. Dobson, Gründer und Ehrenvorsitzender von „Focus on the Family“, und Gründer von „Family Talk“; Dr. D. James Kennedy (†), Hauptpastor der „Coral Ridge Presbyterian Church“; Marlin Maddoux (†), ehem. Moderator des Radio-Programms „Point of View“.

Nach eigenen Angaben verfügt „Alliance Defending Freedom“ (ADF) heute über ein Netzwerk von mehr als 2.200 Rechtsanwälten und 300 angeschlossenen Organisationen. ADF hat einen speziellen Beratungsstatus im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC). Ferner ist die Organisation akkreditiertes Mitglied der „Fundamental Rights Agency“ (Agentur der Europäischen Union für Grundrechte) und wurde vom Europäischen Parlament sowie von der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) anerkannt.

## **ACK ruft zum Gedenken an Völkermord an Armeniern auf**

**Frankfurt am Main/APD Im April jährt sich zum 100. Mal der Völkermord an den Armeniern. Aus diesem Anlass ruft die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) zu einem gemeinsamen Gedenken am 24. April um 17 Uhr auf. Dazu hat die ACK eine Arbeitshilfe mit Texten und Gebeten herausgegeben, die im Shop der ACK erhältlich ist.**

Zwischen 1915 und 1922 seien durch das Osmanische Reich rund 1,5 Millionen Armenier ermordet und viele Tausende aus ihrer Heimat in der heutigen Türkei vertrieben worden. Selbst nach nahezu einem Jahrhundert habe dieses schreckliche Geschehen nicht nur erhebliche Auswirkungen auf das armenische Volk, sondern auch auf die internationale Gemeinschaft, heißt es in der Arbeitshilfe der ACK. Selbst wenn es kaum noch Überlebende gebe, bleibe die Frage der Anerkennung von Leid und Unrecht weiterhin aktuell.

Die unter dem osmanischen Sultan Abdul Hamid II. seit 1894 zunehmenden Massaker an Armeniern im Osmanischen Reich hätten während des Ersten Weltkriegs mit der Deportation in die syrische Wüste ihren Höhepunkt erreicht, ergänzte der armenisch-deutsche Theologe Hacik Rafi Gazer, Professor für „Geschichte und Theologie des Christlichen Ostens“ an der Universität Erlangen-Nürnberg. Auf Anordnung der jungtürkischen Regierung seien bereits am 24. April 1915 die in der damaligen osmanischen Hauptstadt Istanbul lebenden armenischen Intellektuellen festgenommen und im Landesinneren ermordet worden. Zusammen mit der armenischen Bevölkerung wären auch die armenischen Kirchen und ihre Kultur in den Jahren 1894 bis 1923 von der Vernichtung betroffen gewesen. So seien über 2.000 Kirchen, Klöster, Friedhöfe sowie Schulen und Wohlfahrtseinrichtungen der Armenisch-apostolischen Kirche, der Armenisch-katholischen Kirche sowie der Armenisch-evangelischen Kirche enteignet, beraubt und zerstört worden. Bis heute sei der Genozid an den Armeniern von der Türkei nicht anerkannt, beklagte Gazer. Weitere Informationen unter [http://www.armenierberlin.de/?page\\_id=9](http://www.armenierberlin.de/?page_id=9)

„Gemeinsam stehen wir zu der Verantwortung, das Gedenken an den Völkermord am armenischen Volk wachzuhalten und für dessen Anerkennung auch öffentlich einzutreten“, schreibt Bischof Karl-Heinz Wiesemann, Vorsitzender der ACK in Deutschland, in seinem Geleitwort. Das Gedenkjahr sei eine wichtige Gelegenheit, an diese Verpflichtung zu erinnern und diese auch in den kommenden Jahren zu pflegen.

Die Armenisch-apostolische Kirche in Deutschland ist eine Mitgliedskirche der ACK. Die ACK ermutigt daher ihre Mitglieds- und Gastkirchen, in Solidarität mit der Armenisch-apostolischen Kirche am 24. April um 17 Uhr Gottesdienste oder Gedenkstunden in Zusammenarbeit mit den betreffenden Kirchen zu gestalten und zu dem Gedenken einzuladen.

Die Arbeitshilfe mit Texten und Gebeten ist im Shop der ACK unter <http://www.oekumene-ack.de/aktuell/> erhältlich.

## **Auch Adventisten vom Völkermord an den Armeniern vor 100 Jahren betroffen**

**Ostfildern bei Stuttgart/APD Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) hat ihre Mitglieds- und Gastkirchen aufgerufen, am 24. April in Gottesdiensten und Gedenkstunden an den Völkermord an den Armeniern vor 100 Jahren im Osmanischen Reich zu erinnern. Nach historischen Unterlagen sollen dort zwischen 1915 und 1922 etwa 1,5 Millionen Menschen umgekommen sein. Es handelte sich dabei nicht nur um orthodoxe Christen, sondern auch um Protestanten, darunter 167 Adventisten.**

1889 kam mit Theodore Anthony der erste adventistische Missionar nach Konstantinopel, dem heutigen Istanbul, berichtete Pastor Holger Teubert (Ostfildern), Mediensprecher der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland. Anthony gründete 1893 eine kleine Gemeinde in Alexandretta (Iskenderun). Unter den ersten Gläubigen war auch der Armenier Zadour G. Baharian. Er wurde 1894 als erster einheimischer Pastor ordiniert. 1893 entstanden weitere adventistische Gemeinden in Konstantinopel (20 Mitglieder) sowie in Ovajuk und Bardizag (je 30 Mitglieder). 1904 gründete der aus den USA stammende Arzt Dr. A. W. George eine kleine Klinik in Istanbul. 1909 entstand in Bardizag ein theologisches Seminar. Eine Zahnklinik unter Leitung des Franzosen Dr. Girou kam 1912 in Smyrna (Izmir) hinzu. Bereits im Jahre 1909 schufen die Adventisten in Konstantinopel eine eigene Kirchenleitung, die 1910 von den osmanischen Behörden registriert wurde. Leiter des „Champ Missionaire Ottoman des Adventistes du Septième Jour“ war der aus Hamburg entsandte Schweizer Missionar Emil Eduard Frauchiger.

Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges habe es auf dem Gebiet der heutigen Türkei rund 350 Adventisten gegeben, die hauptsächlich armenischer Herkunft gewesen seien, so Teubert. Von ihnen hätten 167 in den nachfolgenden Jahren ihr Leben verloren. Einige wären zum Islam übergetreten, um sich zu retten. Eines der ersten Opfer sei der als „adventistische Vater“ bekannt gewordene Pastor Zadour G. Baharian gewesen. „Er wurde 1915 während einer Missionsreise bei Sivas von türkischen Soldaten ermordet. Der Geistliche sollte seinem christlichen Glauben abschwören und auf der Stelle zum Islam konvertieren. Als er sich weigerte und die Hände zum Gebet faltete, wurde er erschossen“, heißt es laut Pastor Teubert in einem Bericht. Baharian wären sieben weitere adventistische Pastoren, zum Teil mit ihren Familien, gefolgt.

Wer nicht gleich umgebracht wurde, sei auf Todesmärschen gestorben. Der bekannte armenische Lyriker und Hochschullehrer Diran Tcherakian wurde 1915 Adventist. Als Wanderprediger habe er 1921 Anatolien durchzogen, um die bedrohten und verängstigten adventistischen Gemeindeglieder zu trösten. In Konya sei er festgenommen und vor Gericht gestellt, da er nicht zum Widerruf seines Glaubens bereit gewesen wäre. Seine mitangeklagten beiden Brüder wären gleich erschossen worden. Teubert verwies auf Zeitzeugen, die berichteten: „Tcherakian musste monatelang zu Fuß und in Ketten, von türkischen Milizionären geschlagen und gefoltert, durch das karge Bergland Anatoliens ziehen. Nach etwa eintausend Kilometern kamen die Gefangenen Anfang Juni 1921 in der Stadt Diyarbakir am Ufer des Tigris an. Die todbringende syrische Wüste lag nun vor ihnen. Dort starb Tcherakian an Erschöpfung.“

1923 hätten die meisten überlebenden Adventisten die Türkei verlassen. Die Kirchenleitung wurde bereits 1916 aufgelöst, die Kliniken und das Seminar bestanden schon seit dem Ersten Weltkrieg nicht mehr. 1948 habe die Freikirche in Istanbul wieder 70 Mitglieder umfasst, hauptsächlich armenischer Herkunft. Für sie sei in den 1950er Jahren eine Kirche gebaut worden. Von 1964 bis 1973 gab es in Istanbul auch wieder eine kleine Klinik. 1993 existierte zudem eine englische Sprachschule. Doch immer mehr Armenier wären laut Teubert ausgewandert, sodass sich ab 1994 nur noch rund 15 Gläubige in der für sie viel zu großen Kirche zum Gottesdienst versammelt hätten. Im Sommer seien noch ausländische Urlauber hinzugekommen. Schließlich hätten auch die letzten armenischen Adventisten das Land verlassen. Heute gebe es in der Türkei in Istanbul und Izmir jeweils eine adventistische Gemeinde mit insgesamt etwa 100 erwachsen getauften Siebenten-Tags-Adventisten.

Von den 77 Millionen Einwohnern der Türkei sind 98 Prozent Muslime, davon 70 Prozent Sunniten und 15 bis 25 Prozent Aleviten. Der Anteil der türkischen Alawiten und Schiiten in der Bevölkerung ist unbekannt. Die Zahl der Christen wird auf unter 100.000 geschätzt, wobei die meisten von ihnen orthodoxen Kirchen angehören. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebten noch etwa 20 Prozent Christen auf dem Gebiet der heutigen Türkei.

## **Adventisten gründen weltweit alle dreieinhalb Stunden eine neue Gemeinde**

**Silver Spring, Maryland/USA/APD Im letzten Jahr wurden von der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten weltweit 2.446 Kirchengemeinden gegründet. Damit gab es alle dreieinhalb Stunden**

eine neue Gemeinde, der größten Anzahl in der 152-jährigen Geschichte der Kirche, wie die Abteilung Archiv, Statistik und Forschung der adventistischen Weltkirchenleitung in Silver Spring, Maryland/USA, mitteilte. Die Kirchenmitgliedschaft ist demnach Ende 2014 auf knapp 18,5 Millionen erwachsen getauften Personen in 78.810 Kirchen gestiegen.

„Die Statistik macht deutlich, dass die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten mit ihrer Mission die richtige Ausrichtung hat und diese auch beibehalten sollte“, sagte Pastor Gary Krause, Direktor der „Adventist Mission“ gegenüber der nordamerikanischen Kirchenzeitschrift „Adventist Review“. „Zahlreiche Studien zeigen, dass Gemeindegründung die effektivste Form für nachhaltiges Gemeindegewachstum ist“, so Krause. Die „Adventist Mission“ habe versucht Gemeindegewachstum zu fördern, vor allem durch sechs Weltmissionszentren und eine globale Freiwilligenbewegung. Deren Pioniere – oft stille Helden – hätten die Aufgabe in geographischen Gebieten, in denen die Kirche noch nicht vertreten sei, neue Gruppen von adventistischen Christen zu gründen, sagte David Trim, Direktor der Abteilung Archiv, Statistik und Forschung.

#### **Stagnierende oder rückläufige Mitgliederzahlen**

„Trotz des optimistischen Mitgliederwachstums und der Zahl neu gegründeter Kirchengemeinden, müssen wir auch auf das langsame Wachstum, die Stagnation und den Rückgang der Mitgliederzahlen in anderen Gegenden der Welt achten“, kommentierte Pastor G. T. Ng, Generalsekretär der adventistischen Weltkirchenleitung, die Zahl der Gemeindegewachstumsneugründungen.

Laut dem statistischen Jahresbericht 2014 der adventistischen Weltkirchenleitung stagniert die Mitgliederzahl der Adventisten im Südpazifischen Raum (Südpazifische Division) bei 420.000 Mitgliedern und verzeichnet bei den Adventisten in Nord- und Südosteuropa (Transeuropäische Division) innerhalb von fünf Jahren zum Ende von 2014 einen Rückgang von 112.600 auf 84.400. Im Eurasischen Kirchenbereich, der mehrheitlich die GUS-Staaten umfasst (Euroasien Division), sankt die Mitgliederzahl im gleichen Zeitraum von 139.100 auf 116.000. In West- und Südeuropa (Intereuropäische Division) stieg die Mitgliederzahl in diesen fünf Jahren geringfügig von 176.800 auf 178.200.

## **ENTWICKLUNG**

### **Hilfswerk ADRA nach Zyklon „Pam“ in Vanuatu bereits vor Ort**

**Ostfildern bei Stuttgart/APD Schwere Zerstörungen hat der tropische Wirbelsturm „Pam“ mit Windgeschwindigkeiten bis zu 270 Kilometern pro Stunde im Inselstaat Vanuatu im Südpazifik angerichtet. Neben Dutzenden von Toten sind zahlreiche Gebäude sowie große Teile der Infrastruktur und der Landwirtschaft zerstört worden. Insgesamt leben 267.000 Menschen auf 65 der 80 Inseln. Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA ist bereits vor Ort und leitet erste Hilfsmaßnahmen ein.**

Seit 2008 gibt es auf Vanuatu ein ADRA-Landesbüro. Das internationale Netzwerk von ADRA sei schon frühzeitig in Alarmbereitschaft versetzt worden, gab der Landesdirektor von ADRA Vanuatu, Mark le Roux, bekannt. Für erste Hilfsmaßnahmen könnten daher an den Standorten Shefa, Efate und Tafea aus drei Lagerhallen Notfallpakete mit Seife, Wasserfiltern, Wasserkanistern und Trinkbechern verteilt werden. Zudem seien Mitarbeiter von ADRA Australien bereits vor Ort oder auf dem Weg nach Vanuatu, um das lokale Team zu verstärken. Weitere Experten, darunter auch Anna Krikun, die zuständige Regional Koordinatorin von ADRA Deutschland, wären unterwegs in das Krisengebiet, um Hilfsmaßnahmen durchzuführen und den Wiederaufbau zu planen.

Zunächst gelte es durch Nothilfe sich auf die dringendsten Bedürfnisse zu konzentrieren, wie Zugang zu sauberem Trinkwasser, Sicherstellung der Hygiene, Ausgabe von Nahrungsmitteln, medizinische Versorgung und provisorische Unterkünfte, so Mark le Roux. „Gute hygienische Bedingungen sind nach einer Katastrophe wie dieser unerlässlich, sonst verbreiten sich Krankheiten, die mitunter tödlich enden können.“ Deshalb werde die Entsendungen mehrerer Anlagen zur Wasseraufbereitung ins Katastrophengebiet vorbereitet. In einer zweiten Phase könne, soweit es die finanziellen Mittel erlaubten, mit dem Wiederaufbau begonnen werden.

Als Soforthilfe stellten die ADRA-Organisationen International 100.000 US-Dollar (948.000 Euro), Deutschland 50.000 US-Dollar (47.400 Euro), Österreich 10.000 US-Dollar (9.480 Euro) und Schweiz 5.000 US-Dollar (4.740 Euro) zur Verfügung. Um wirksam helfen zu können, bitten die ADRA-Landesorganisationen um

Spenden für Vanuatu.

## **ADRA Vanuatu sorgt für Trinkwasser, sanitäre Anlagen und Hygiene**

**Silver Spring, Maryland/USA/APD Laut Regierungsangaben in Vanuatu sind 24 Menschen dem Zyklon „Pam“ zum Opfer gefallen und 3.300 mussten evakuiert werden. Häuser, Schulen, Straßen, Brücken und Häfen seien massiv beschädigt worden, teilte die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Vanuatu mit, die seit sieben Jahren im Land tätig ist.**

Das Hilfswerk schütze im Moment rund 9.500 Insulaner vor den krankmachenden Folgen mangelhafter Hygiene, schlechten sanitären Anlagen sowie dem ungenügenden Zugang zu sauberem Trinkwasser in zehn der 20 Notunterkünfte, die in der Hauptstadt Port Vila errichtet worden seien. Zudem würden den Opfern des Zyklons Nahrungsmittel, Haushalts-Wasserfilter, Hygiene-Ausstattung und Informationen über Hygiene im Katastrophenfall verteilt.

### **ADRA Vanuatu mit Leitung im WASH-Bereich**

Für ADRA Vanuatu arbeiten in der Hauptstadt Port Vila sowie auf den Inseln Efate, Tanna, Pentecost und Santo insgesamt 20 Angestellte mit Ausbildung im technischen und Projekt-Managementbereich, speziell im Bereich Wasser, sanitäre Anlagen und Hygiene (WASH). Der Zugang zu sauberem Wasser sei ein zentrales Element nach einer Katastrophe, um viele Krankheiten zu verhindern, so die Hilfsorganisation. ADRA Vanuatu arbeitet mit der Katastrophenhilfe der Regierung (NDMO) zusammen. Dem Hilfswerk wurde die Leitung im Bereich Wasser, sanitäre Anlagen und Hygiene (WASH) übertragen.

### **ADRA Freiwillige**

Als Hilfswerk der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten kann ADRA Vanuatu auf der ganzen Inselgruppe aus den 19.200 Kirchenmitgliedern in 85 Kirchgemeinden Freiwillige rekrutieren. Gegenwärtig arbeiten 83 Freiwillige bei ADRA mit.

### **Internationale Spezialisten vor Ort**

Die regionale ADRA Leitung sei mit sechs Spezialisten des Katastrophenteams vor Ort, zusätzlich auch eine Mitarbeiterin von ADRA Deutschland, welche die weiteren Nothilfeprojekte und spätere Wiederaufbauprojekte planen und die Kommunikation gewährleisten, so ADRA International.

### **WASH-Projekt geplant**

In einem weiteren Projekt ist laut ADRA International geplant, dass auf den am meisten verwüsteten Inseln Efate, Tanna und Pentecost, in Koordination mit der nationalen Katastrophenhilfe (NDMO), 30.000 Menschen in den Bereichen sauberes Wasser, sanitäre Anlagen und Hygiene (WASH) zu helfen.

### **Zerstörte Kirchen**

Nach Angaben von Pastor Nos Terry, Präsident der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Vanuatu, seien in der Hauptstadt Port Vila durch den Zyklon vier adventistische Kirchengebäude total zerstört worden. Viele seiner Kirchenmitglieder hätten ihre Häuser verloren und lebten jetzt in Notunterkünften.

## **ADRA hilft in der Ukraine**

**Weiterstadt bei Darmstadt/APD Seit Beginn der Ukraine-Krise im vergangenen Jahr hat der Krieg bereits über 6.000 Todesopfer gefordert und mehr als 1,5 Millionen Menschen mussten aus ihrer Heimat flüchten. Viele der Vertriebenen in den Krisenregionen wie Donetsk und Lugansk leben in ständiger Angst und benötigen Hilfe. Es fehlt an Nahrung, Kleidung, Wohnraum und medizinischer Versorgung. Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA unterstützt die Betroffenen vor Ort.**

Mit Hilfe des ADRA-Netzwerkes seien seit Beginn der Kämpfe in der Ukraine bereits zwei Projekte von ADRA Ukraine durchgeführt worden, berichtete die Mitarbeiterin von ADRA Deutschland, Fabienne Seibel (Weiterstadt bei Darmstadt): „Eine Soforthilfemaßnahme auf dem Maidan-Platz in Kiew kam etwa 1.500 Menschen zugute. Ein zweites, viermonatiges Projekt, stellte Lebensmittelpakete, Babynahrung, Geld für Hausreparaturen und einmalige finanzielle Unterstützung für über 2.000 Personen bereit.“ Auch ADRA Deutschland habe schon drei Lastkraftwagen mit Hilfsgütern, wie Winterkleidung und Krankenhausausrüstung, in die Ukraine gebracht. Zudem hätte sich ADRA an Verteilungsprogrammen von Lebensmittelrationen und Hygieneartikeln beteiligt.

Zurzeit führe ADRA Ukraine, so Seibel, zwei von USAID (United States Agency for International Development) der amerikanischen und dem IHA (International Humanitarian Assistance) der kanadischen Regierung finanzierte Projekte durch: USAID stelle eine Million US-Dollar (946.000 Euro) für 2.000 binnenvertriebene Familien zur Bezahlung von Miete und Nebenkosten sowie notwendige Wohnungsreparaturen für den Winter bereit. Das IHA finanziere mit 750.000 Kanadischen Dollar (557.000 Euro) Gutscheine für Winterkleidung,

Hygieneartikel und psychosoziale Dienstleistungen, die 1.550 Familien zugutekämen. Seit Beginn der Krise im Jahr 2014 bis Anfang 2015 hätten durch ADRA Ukraine 150.000 Menschen Hilfe im Wert von fast zwei Millionen Euro erhalten. In insgesamt neun Bezirken sei ADRA in der Ukraine tätig.

## KULTUR

### Konrad-Adenauer-Stiftung schreibt Wettbewerb „Christ sein heute“ aus

**Bremen/APD Die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. für politische Bildung in Bremen hat einen Kreativwettbewerb zum Thema „Christ sein heute“ ausgeschrieben. Jugendliche und junge Erwachsene können die Thematik bis zum 30. Oktober 2015 gestalterisch oder dokumentarisch bearbeiten. Die besten Ergebnisse werden mit bis zu 1.000 Euro dotiert.**

Junge Menschen sollen die Chance erhalten, unter Einsatz moderner Medien selbst ein Projekt durchzuführen und damit einen Beitrag zum Verständnis der Religionen zu leisten, teilte die Stiftung mit. Außerdem ermögliche dieser Zugang, sich vertiefend mit der eigenen Religion auseinanderzusetzen oder eine neue Religion kennenzulernen.

Das Thema „Christ sein heute“ könne mit Videos, Animationen, Fotografien, Musikstücken, Homepages, Zeichnungen oder auch Texten bearbeitet werden. Die Beiträge dürfen in beliebig großen Gruppen- oder in Einzelarbeit angefertigt werden. Sie sind bei der Konrad-Adenauer-Stiftung Bremen einzureichen und werden von einer Jury bewertet. Die Ergebnisse sollen im November 2015 im Rahmen eines Festaktes der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Für weitere Informationen kann die Konrad-Adenauer-Stiftung telefonisch unter 0421-163 00 94 oder per E-Mail (kas-bremen@kas.de) kontaktiert werden.

### „DVG-Health Expo“ beim 9. Kongress christlicher Führungskräfte in Hamburg

**Hamburg/APD Unter den über 180 Ausstellern beim 9.Kongress christlicher Führungskräfte in Hamburg vom 26. bis 28. Februar befindet sich**

**auch wieder der Deutsche Verein für Gesundheitspflege (DVG), eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, mit seiner „Health Expo“. Dort können die Besucher des Kongresses verschiedene Gesundheitstests absolvieren, eine Gesundheitsberatung in Anspruch nehmen und sich bei einer Massage entspannen.**

Die interaktive Gesundheitsmesse „Health Expo“ steht unter dem Motto „Gesundheit ganzheitlich“. Dabei geht es unter anderem um Aspekte, wie ausgewogene Ernährung, Bewegung, um aktiv zu bleiben, das Leben durch Erholung genießen, entscheidungsfreudig zu sein, durch Beziehungen Glück aufzubauen, Gottvertrauen sowie Vergebung, um zu gesunden. Interessenten können am DVG-Ausstellungsstand ihre Blutwerte bestimmen und ihr biologisches Alter ermitteln lassen. Eine Rückenmassage trägt zum Wohlbefinden bei.

Das ganzheitliche Konzept der „DVG-Health-Expo“ erweitert den Begriff „Gesundheit“ auf alle Lebensbereiche. Beim Thema „Vergeben lernen – Ihrer Gesundheit zuliebe“ lautet eine Lebensregel: „Ich vergebe nicht, weil ich vergeben muss, sondern weil ich bereit bin, heil zu werden.“ Oder bei der Aufforderung „Entdecken Sie zusätzliche Kraftquellen“, geht es nicht nur um körperliche Aspekte, wie Entspannungsübungen, regelmäßige Bewegung und zum Arzt gehen, wenn man krank ist. Es wird auch auf emotionale (denken Sie positiv), psychosoziale (helfen Sie anderen) und geistliche (nehmen Sie Vergebung an) Aspekte hingewiesen. Bei der „geistigen Entspannung“ geht es um den Körper (Wie fördere ich den Schlaf?) und um den Geist (etwa, an etwas Schönes denken).

Mit der „Health-Expo“ möchte der Deutsche Verein für Gesundheitspflege „zum körperlichen, geistig-seelischen, spirituellen und sozialen Wohlbefinden des Menschen beitragen“, erläuterte DVG-Bundesgeschäftsführer Bernd Wöhner (Ostfildern bei Stuttgart). Der Mensch als ganzheitliches Wesen dürfe nicht in einen körperlichen, psychischen, geistigen oder sozialen Bereich aufgeteilt werden. Erst im Zusammenspiel aller Bereiche könne der Mensch froh, glücklich und hoffnungsvoll leben. Die Angebote des DVG seien biblisch fundiert, wissenschaftlich untermauert, frei von Esoterik und höben sich dadurch von einer Vielzahl anderer Gesundheitsangebote ab, beteuerte Wöhner. Studien zeigten, dass siebzig Prozent aller Krankheiten auf einen ungesunden Lebensstil zurückzuführen seien. „Wir möchten helfen, dieser Entwicklung entgegenzuwirken.“

## **Für offenen gesellschaftlichen Umgang mit Belangen religiöser Minderheiten**

**Friedensau bei Magdeburg/APD Der Staat darf muslimischen Lehrerinnen nicht pauschal verbieten, mit Kopftuch zu unterrichten. Mit diesem Urteil des Bundesverfassungsgerichts befasst sich der Jurist Dr. Harald Mueller, Leiter des Instituts für Religionsfreiheit der Theologischen Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg.**

### **Keine Privilegierung bestimmter Religionsgemeinschaften**

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner jüngsten Kopftuchentscheidung zwei muslimischen Lehrerinnen Recht gegeben, die sich als Betroffene gegen die Regelungen über religiös motivierte Kleidung im nordrhein-westfälischen Schulgesetz gewandt hatten. Nach dem nun ergangenen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (1 BvR 471/10, 1 BvR 1181/10) sei ein Verbot von religiösen Bekundungen durch das äußere Erscheinungsbild von Lehrerinnen und Lehrern (beispielsweise Kopftuch) erst zulässig, wenn eine hinreichend konkrete Gefahr für den Schulfrieden und die Wahrung der staatlichen Neutralität bestehe. Eine lediglich abstrakte Gefährdung genüge nicht, so Mueller. Wenn es zu Verboten in diesem Sinne käme, müssten diese unterschiedslos für alle Glaubens- und Weltanschauungsrichtungen gelten.

Damit habe das Bundesverfassungsgericht einer Privilegierung bestimmter Religionsgemeinschaften eine klare Absage erteilt, betonte der Jurist. Bislang wäre durch eine entsprechende Regelung im nordrhein-westfälischen Schulgesetz unter Bezug auf „christlich-abendländische Traditionen“ sichergestellt gewesen, dass zum Beispiel der Nonnenhabit von Lehrerinnen weiter zulässig sei, während das islamische Kopftuch hätte abgelegt werden müssen. „Das Bundesverfassungsgericht hat in erfreulicher Weise mit seiner Rechtsprechung nun die gesellschaftliche Realität einer religiösen Vielfalt in unserem Land ausdrücklich anerkannt und unter Schutz gestellt“, kommentierte Mueller.

Das Gericht habe sich aber auch gegen Tendenzen gewandt, die unter Hinweis auf die staatliche Neutralitätspflicht ein weitgehendes Hinausdrängen von religiösen Bezügen aus dem öffentlichen Raum fordern. Der Staat nehme vielmehr eine offene und die Glaubensfreiheit für alle Bekenntnisse gleichermaßen fördernde Haltung ein, gab der Jurist zu bedenken.

### **Es geht nicht nur um ein Stück Stoff**

Es bleibe zu hoffen, so der Leiter des Instituts für Religionsfreiheit, dass die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu einem offenen gesellschaftlichen Umgang mit den Belangen von religiösen Minderheiten beitrage und nicht etwa Gegenreaktionen von solchen hervorrufe, die in egoistischer Weise nur ihr eigenes Leitbild verwirklicht sehen wollten. Es bleibe darüber hinaus zu hoffen, dass sich die Diskussion nicht nur auf ein Stück Stoff beschränke, sondern auch andere Belange ins Blickfeld gerieten. Als Beispiel nannte Harald Mueller die Situation von denjenigen, die aufgrund von religiös für sie verbindlichen Ruhetagen oder anderen Handlungsgeboten Schwierigkeiten in Ausbildung, Studium und Beruf hätten, wenn von ihnen Dinge erwartet würden, die sie aufgrund ihrer Gewissensbindung nicht leisten könnten.

## **Deutsche Adventisten beteiligen sich an Konsultation zur Überarbeitung der EU-Arbeitszeitrichtlinie**

**Hannover/APD Die Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland nehmen an der Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Arbeitszeitrichtlinie (Richtlinie 2003/88/EG) teil. Bei dem noch bis 15. März laufenden Konsultationsprozess setzt sich die kirchlich-gewerkschaftliche Initiative „Allianz für den freien Sonntag“ für den Sonntag als gemeinsamen Ruhetag in der EU ein. Die Adventisten plädieren für die Möglichkeit, den Ruhetag frei nach den individuellen religiösen Überzeugungen wählen zu können.**

### **Flexible Gestaltung der Arbeitszeit aus religiösen Motiven**

Eine flexible Gestaltung der Arbeitszeit sei im Hinblick auf die religiösen Ruhetagsbedürfnisse von Arbeitnehmern, insbesondere von Mitgliedern religiöser Minderheiten, wichtig, gab der Jurist Dr. Harald Mueller, Leiter des Instituts für Religionsfreiheit der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg, zu bedenken. So beachteten jüdische Arbeitnehmer oder Mitglieder der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten den Samstag als religiösen Feiertag, an dem sie Arbeitsruhe einhalten. Hier wäre es wünschenswert, ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, diesen Tag arbeitsfrei zu bekommen und gegebenenfalls an anderen Tagen Mehrarbeit zu leisten.

### **Bedenken bei Bevorzugung eines bestimmten Ruhetages**

Die bisherige Arbeitszeitrichtlinie lasse religiös motivierte



Bedürfnisse nach einem wöchentlichen Ruhetag außer Betracht, so Mueller. Es gebe allerdings von interessierter Seite, nämlich der European Sunday Alliance, Bestrebungen, den Sonntag als europaweiten Ruhetag zu verankern. „Abgesehen davon, dass der Europäische Gerichtshof einer derartigen Bevorzugung eines bestimmten Wochentages schon einmal eine Absage erteilt hat, bestehen erhebliche Bedenken dagegen auch aus dem Gesichtspunkt der Religionsfreiheit und des Schutzes religiöser Minderheiten“, betonte der Jurist.

Der Sonntag sei keineswegs ein Tag, über den in Europa Einvernehmen bestehe. Es gebe religiöse Gruppierungen, die andere Tage als den Sonntag hervorheben würden, etwa Muslime, Juden und Siebenten-Tags-Adventisten. Juden und Siebenten-Tags-Adventisten respektierten den Samstag (Sabbat) als biblischen Ruhetag. Häufig hätten sie Konflikte im Berufsleben, wenn von ihnen Arbeit am Samstag gefordert werde, die sie aus Gewissensgründen nicht leisten könnten. Ihre Position würde weiter verschlechtert, wenn der Sonntag europaweit geschützt und aufgewertet werde.

#### **Auf religiöse Belange bei Arbeitszeitgestaltung Rücksicht nehmen**

Wichtig sei daher, so Mueller, gerade derartigen religiösen Minderheiten eine zeitliche Flexibilität einzuräumen, damit sie Arbeit, die sie an ihrem Ruhetag nicht erbringen könnten, stattdessen an anderen Tagen leisten. Die Richtlinie sollte deshalb nach wie vor keinen bestimmten wöchentlichen Ruhetag europaweit vorsehen, sondern Raum geben für größtmögliche Flexibilität und eine Verpflichtung enthalten, auf religiöse Belange bei der Arbeitszeitgestaltung Rücksicht zu nehmen.

Wie Pastor Friedbert Hartmann (Hannover), Abteilungsleiter für Religionsfreiheit der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Nord- und Ostdeutschland mitteilte, würden sich auch Adventisten in anderen europäischen Ländern an der EU-Konsultation zur Arbeitszeitrichtlinie beteiligen.

### **Adventisten pflanzen Lutherbäume in Wittenberg**

**Wittenberg/APD** Vertreter der Freikirchenleitungen der Siebenten-Tags-Adventisten in Niedersachsen-Bremen und Berlin-Mitteldeutschland führten am 3. März eine symbolische Baumpflanzung im Luthergarten in Wittenberg durch. Der „Luthergarten“ wurde anlässlich des 500-jährigen Jubiläums der Reformation im Jahr 2017 ins Leben gerufen: Kirchen aus aller Welt

**und aller Konfessionen sind eingeladen, die Patenschaft für einen der 500 Bäume zu übernehmen und gleichzeitig einen Baum im Bereich ihrer Heimatkirche zu pflanzen.**

Das Projekt wurde nach Angaben des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB) durch den Lutherischen Weltbund in Genf entwickelt. Es wird unter Mitwirkung des DNK/LWB und der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) in Kooperation mit der Lutherstadt Wittenberg umgesetzt.

„Mit der Teilnahme am Projekt ‚Luthergarten‘ bezeugen Adventisten ihre Verbundenheit mit der Reformation des 16. Jahrhunderts und ihrer Wirkungsgeschichte sowie ihrer Bedeutung für unseren Glauben in Geschichte und Gegenwart“, teilte Thomas Groß, Pastor der Adventgemeinde Wittenberg, mit.

Die Pflanzung fand im Rahmen einer kleinen Feierstunde mit Andacht, Gesang und Gebet statt. Pastor Ralf Schönfeld, Präsident der Freikirchenleitung in Niedersachsen und Bremen, häufte zusammen mit Pastor Detlef Bendig, Sekretär (Geschäftsführer) der dortigen Freikirchenleitung, etwas Erde an einen etwa 10 Jahre alten Rot-Ahornbaum und begoss diesen. Das Gleiche wurde von Pastor Johannes Scheel, Präsident der Freikirchenleitung der Adventisten in Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, zusammen mit Pastor Thomas Groß an der zweiten Rot-Ahorn-Pflanzung vollzogen.

Teil des Projektes ist es, auch einen Baum zeitnah an einem prominenten Ort der Heimatkirche zu pflanzen. Die sogenannten „Korrespondenzbäume“ der adventistischen Pflanzungen sollen auf dem Gelände der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg beziehungsweise in Hannover und Uelzen gepflanzt werden.

## **MEDIEN**

### **Evangelischer Bund mit neuem Webauftritt und unter neuer Generalsekretärin**

**Bensheim/APD** Der Evangelische Bund e.V., ein freier Zusammenschluss evangelischer Christen, präsentiert sich mit einem neuen Auftritt im Internet. Auch die Homepage des vom Bund getragenen Konfessionskundlichen Instituts tritt

**in einer überarbeiteten Internet-Gestaltung auf. Zur neuen Generalsekretärin des Bundes wurde Pfarrerin Ksenija Auksutat (50) gewählt.**

Auf den Webseiten des Evangelischen Bundes fänden sich aktuelle Kommentare und Meldungen aus protestantischer Perspektive, teilte Auksutat mit, die zugleich Geschäftsführerin und publizistische Referentin des Konfessionskundlichen Instituts ist. Ihr Vorgänger, Walter Fleischmann-Bisten, amtierte 30 Jahre lang als Generalsekretär des Vereins. Dem Bund gehören 14 Landesverbände mit mehr als 3.000 evangelischen Kirchengemeinden und Einrichtungen sowie Einzelpersonen an. Er setzt sich auch für den theologischen Austausch mit protestantischen Kirchen in den Ländern Europas ein, in denen die Evangelischen nur eine Minderheit darstellen.

Das Konfessionskundliche Institut präsentiert sich ebenfalls neu, so Auksutat weiter. Eine umfassende Datenbank stelle Interessierten weltweit ausgewählte Forschungsaufsätze zur Verfügung. Als Arbeitswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat es die Aufgabe, konfessionskundliche und ökumenische Forschung zu betreiben. Das Institut berät kirchliche Partner, Werke und Einzelpersonen, aber auch staatliche Behörden oder Journalisten.

Weitere Informationen unter: [www.evangelischerbund.de](http://www.evangelischerbund.de) und [www.konfessionskundliches-institut.de](http://www.konfessionskundliches-institut.de)

## **„Hope Channel“ beim Kongress christlicher Führungskräfte**

**Hamburg/APD Das Medienzentrum „Stimme der Hoffnung“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten informierte mit einem Stand beim Kongress Christlicher Führungskräfte in Hamburg über sein aktuelles Fernseh- und Radioangebot „Hope Channel“.**

Seit 2009 sendet der „Hope Channel Deutsch“ ein 24-stündiges Fernsehprogramm. Er bietet mit Sendungen über persönlichen Glauben, ganzheitliche Gesundheit, Bibelwissen und Lebenshilfe ein breites Spektrum. Als erster christlicher Radioanbieter in deutscher Sprache nahm das „Hope Channel Radio“ unter dem Namen „Stimme der Hoffnung“ bereits 1948 seine Arbeit auf. Seitdem informiert und ermutigt es durch seine Sendungen und Lieder und gibt geistliche Impulse für den Alltag.

Der „Hope Channel“ ist mit seinem Fernseh- und Radioprogramm über den Satelliten „Astra“ und im Internet zu empfangen. Weitere Informationen unter [www.hope-channel.de](http://www.hope-channel.de)

## **Wie steht es um die Meinungsfreiheit in Deutschland?**

**Hamburg/APD Die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien ist verbesserungswürdig. Zu diesem Resultat kamen die Bundessprecherin der Partei „Alternative für Deutschland“, Dr. Frauke Petry, sowie der Journalist und Medienunternehmer Klaus Kelle in einer Seminardiskussion auf dem Kongress christlicher Führungskräfte in Hamburg.**

Kelle, der von Focus-Online als einer der meinungsstärksten konservativen Stimmen in Deutschland bezeichnet wurde, hält die Medienlandschaft in Deutschland zwar nicht für „so schlecht“, kritisierte den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aber als einen „Moloch, den niemand kontrolliert“. Viele Medien seien weit weg von ihren Lesern. „Aus jedem Quatsch wird ein Skandal gemacht.“ Die Mehrzahl der deutschen Journalisten tickten links. Dennoch hielten sich alle großen Medien „einen, der auch mal was Konservatives schreiben darf.“ Kelle plädierte dafür, Mut zur eigenen Meinung zu haben und diese auch öffentlich zu äußern, beispielsweise in der Form von Leserbriefen.

Petry stellte klar, dass sich die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik nicht auf eine Stufe mit der ehemaligen DDR stellen lasse. Sie bemängelte aber, dass in den Zeitungen immer mehr Kommentierung statt neutrale Berichterstattung geschehe. Worte wie „rechts“ würden zu Schimpfworten mit denen Andersdenkende abqualifiziert werden. „Wir haben in unserem Land einen Verlust an politischer Diskussionskultur“, kritisierte Petry. Viele hätten sich vom Bürger zum Konsumenten degradieren lassen. Christen rief die Politikerin zu Selbstbewusstsein auf.

# IMPRESSUM

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

- Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,  
Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein
- Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland  
Postfach 4260, 73745 Ostfildern  
Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern-Ruit  
Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60,  
E-Mail: [info@apd.info](mailto:info@apd.info)  
Holger Teubert (verantwortlich), Jens-Oliver Mohr (stellvertretend), Claudia Mohr
- Erscheint: Monatlich und zu aktuellen Anlässen
- Druck: PR-Druck, 20539 Hamburg
- Bezugspreis: Privatabonnements 50,00 Euro jährlich (inkl. Porto)
- Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach 104, CH - 4020 Basel  
Telefon +41-61-3117370  
E-Mail: [APD-CH@apd.info](mailto:APD-CH@apd.info)  
Herbert Bodenmann (verantwortlich)
- Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring, Maryland  
20904-6600, USA  
Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312  
E-Mail: [costaw@gc.adventist.org](mailto:costaw@gc.adventist.org)  
Williams S. Costa Jr. (verantwortlich)
- „adventisten heute“, Pulverweg 6, 21337 Lüneburg  
Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502  
E-Mail: [info@advent-verlag.de](mailto:info@advent-verlag.de), Internet: [www.advent-verlag.de](http://www.advent-verlag.de)  
Elí Díez-Prida (verantwortlich)
- APD-INFORMATIONEN online: [www.apd.info](http://www.apd.info)

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD“. Das Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.



Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie 18,5 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 215 Ländern der Erde. In Deutschland sind rund 35.000 Mitglieder in 559 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.